

Bildungspolitisch unverantwortlich: Mittel zur Sprachförderung von Kindern gestrichen

Mit dem Nachtragshaushalt streicht die Landesregierung fast die Hälfte der Zuschüsse für die Sprachförderung (insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund) und die Förderung weiterer Grundkompetenzen vor der Einschulung. Bisher standen dafür 90.000 Euro zur Verfügung.

Diese Kürzung ist unverantwortlich. Alle reden davon, dass gerade die sprachliche Kompetenz von Kindern vor ihrer Einschulung deutlich verbessert werden muss. Für Chancengleichheit und gemeinsames Lernen in der Grundschule ist es aber Voraussetzung, dass auch alle Kinder dem Unterricht folgen können. Dies muss ein vordringliches bildungspolitisches Ziel bleiben. Wer 35 Millionen Euro für einen Schleswig-Holstein-Fonds in den Haushalt einstellt, für die unter anderem Strassen gebaut werden sollen, der wird kaum rechtfertigen können, warum er bei der Sprachförderung unserer Kinder unbedingt 40.000 Euro einsparen muss.

„Beton statt Bildung“: die CDU hat sich auch hier voll durchgesetzt und die Kultusministerin muss dieses mitfinanzieren. Wie kurzsichtig dies ist, zeigt ein weiterer Blick in den Nachtragshaushalt. Da muss der Titel „Kosten für vom Schulbesuch zurückgestellte Kinder an Kindertagesstätten“ um 100.000 Euro aufgestockt werden, da die Anzahl der Kinder, die wegen Zurückstellung einen Kindergarten besuchen müssen, gestiegen ist. Diese Zahl wird aber noch weiter steigen, wenn die Sprachförderung, wie geplant, zusammengestrichen wird.

Wie kann eine Landesregierung derart kurzsichtig und bildungspolitisch unverantwortlich handeln?
